

Zeitschrift: Nebelspalter : das Humor- und Satire-Magazin
Band: 121 (1995)
Heft: 6

Artikel: Erschütternde Bilanz des Gesundheitswesens : immer mehr Mediziner sorgen für kranke Menschen
Autor: Stauffer, Alexandra / Sigg, Hans
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-597918>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 15.05.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

IMMER MEHR MEDIZINER SORGEN FÜR KRANKE MENSCHEN

VON ALEXANDRA STAUFFER

Aus der Traum. Jetzt müssen sie eben Jurisprudenz studieren, Wirtschaftswissenschaften oder Psychologie. Gott oder Halbgöttin in Weiss zu werden, das können sie sich gleich aus dem Kopf schlagen, die vielen jungen ehrgeizigen Studentinnen und Studenten. So einfach geht das nicht mehr. Jetzt gilt es, eine Aufnahmeprüfung zu bestehen – die Matura allein, wir wissen es schon lange, ist eben doch nicht so viel wert, wie es immer wieder heisst in Kreisen der Bildungsbürger; und somit werden schon bald nur noch wirklich gescheite Medizinerinnen und Mediziner anzutreffen sein in den zahlreichen Praxen und Spitälern dieses Landes.

Ob das wirklich stimmt und ob damit das Problem der Ärzteschwemme gelöst ist? Kaum. Ei-

nerseits werden die fortan zum Studium zugelassenen jungen Frauen und Männer – wenngleich sie enorm fleissig sind und vielleicht auch ziemlich gescheit – nicht unbedingt gute Medizinerinnen und Mediziner, andererseits wird es auch nach Einführung des Numerus clausus noch viel zu viele Ärztinnen und Ärzte in diesem Land geben – Menschen, die alle unzählige Jahre an der Uni zugebracht haben oder zumindest dort immatrikuliert waren und die nun endlich mal anständig verdienen wollen.

Damit ihnen das gelingt, erfinden sie laufend weitere Gründe,

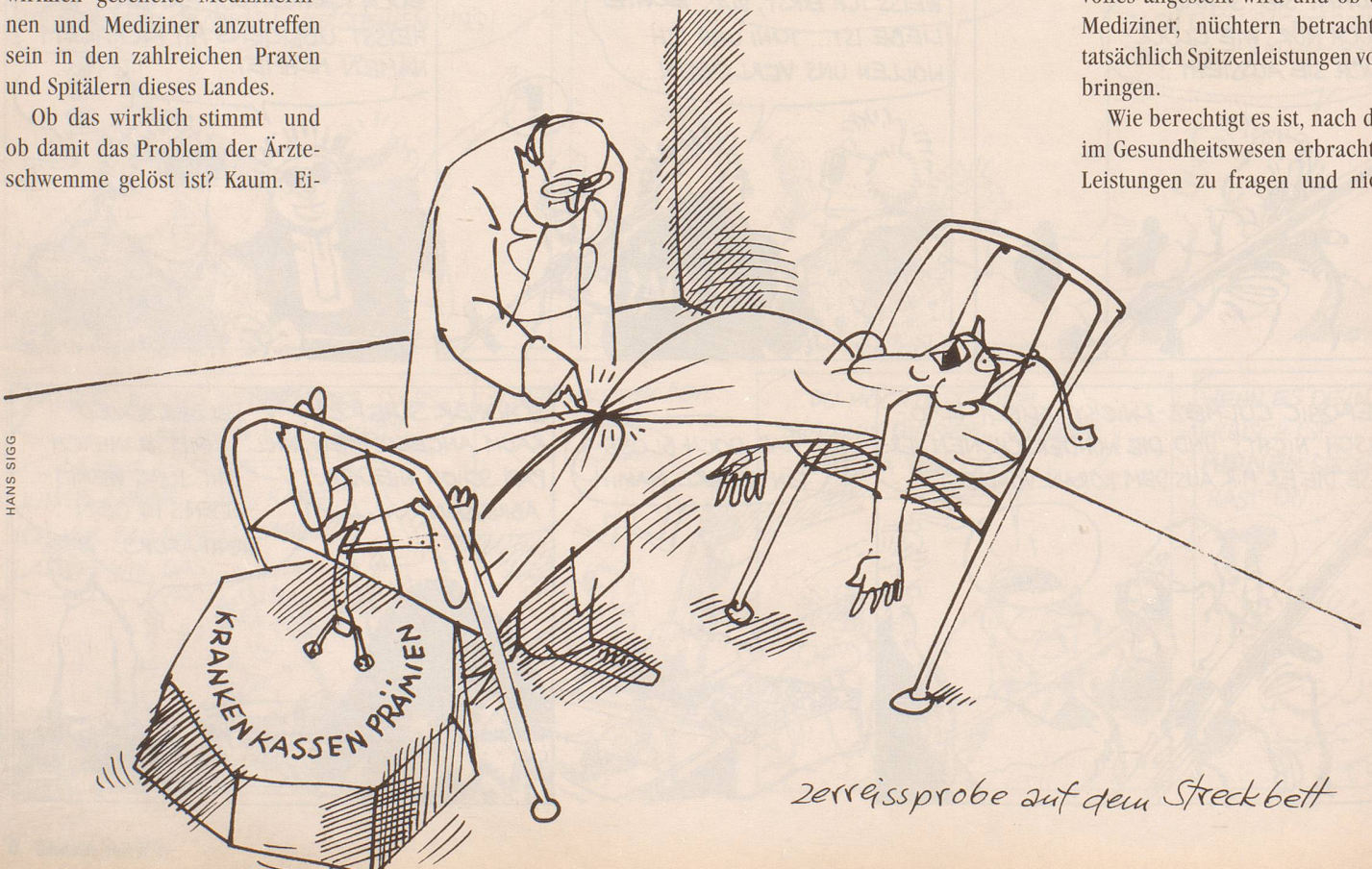
um an Patientinnen und Patienten ranzukommen, warnen sie uns bald täglich vor den allerneusten Gefahren der Zeit sowie des eigenen Fehlverhaltens und versuchen sie alle in Spitzenmedizin machen: Mittlerweile fordert jedes 20-Betten-Spital eine eigene Abteilung für Herzchirurgie, wollen sich selbst die kleinsten Gesundheitsbetriebe millionenteure Computertomographen kaufen, obwohl diejenigen der Nachbar-spitäler nicht annähernd ausgelastet sind.

Die zur Befriedigung des persönlichen Ehrgeizes wie zur Erhaltung der Standesehre nötigen

finanziellen Mittel zu beschaffen, ist für sie offenbar kein Problem: Manch ein Wirtschaftsunternehmen, das sich regional profilieren und verankern will, investiert lieber ins Spitalwesen als in die Kultur, weil dort die Wertschöpfung grösser ist, will heissen: weil die Möglichkeit besteht, dass der eine oder andere Auftrag in Zukunft «unter Freunden» vergeben wird.

Nur so lässt es sich erklären, dass sich die Investoren nicht darum kümmern, ob es die mit happigen Summen bedachten Spitäler auch wirklich verdienen, unterstützt zu werden, ob mit den Geräten auch wirklich etwas Sinnvolles angestellt wird und ob die Mediziner, nüchtern betrachtet, tatsächlich Spitzenleistungen vollbringen.

Wie berechtigt es ist, nach den im Gesundheitswesen erbrachten Leistungen zu fragen und nicht



schweigend immer mehr dafür zu bezahlen, zeigen neuste Untersuchungen. Nachfolgend die brisantesten Resultate: Wie eine Meinungsumfrage bei 2000 deutschen Patientinnen und Patienten (Oksaar, Hamburg, 1994) zeigt, sind die meisten unzufrieden mit den Leistungen der Ärzteschaft: 93 Prozent der Befragten gaben an, die Ärzte hätten zu wenig Zeit, um auf ihre Probleme einzugehen, 87 Prozent klagten über den Wissenschaftsdünkel der weissen Halbgötter – darüber zum Beispiel, dass zu viele Fachwörter verwendet und Diagnosen nicht ausführlich genug erläutert würden, 89 Prozent stellten fest, die Ärzte würden bloss fahrig zuhören und nur oberflächlich auf Fragen eingehen, 64 Prozent der Patientinnen und Patienten befürchte-

ten, über wichtige Befunde nicht informiert zu werden, und ganz besonders häufig klagten die der Ärzteschaft Ausgelieferten über mangelnde Sensibilität der sie betreuenden Medizinerinnen oder Mediziner.

Dass diese Zahlen nicht nur für Deutschland Gültigkeit haben, steht seit zwei Wochen definitiv fest, und damit können sich die Schweizer Ärztinnen und Ärzte nicht mehr herausreden, in Deutschland sei das Gesundheitswesen nicht so perfekt ausgebaut wie bei uns. Die erschreckende Diagnose für den Patienten Schweiz: Das Volk ist noch unzufriedener mit den Medizinern und -frauen, als es die Deutschen sind. Und es fordert tiefgreifende Veränderungen im Bereich des Gesundheitswesens, na-

mentlich eine deutliche Reduktion der praktizierenden Ärztinnen und Ärzte.

Als durchaus berechtigt erscheint diese Forderung angesichts weiterer Forschungsergebnisse. Diese machen deutlich, dass sich Ärztestreiks in der Regel keinesfalls verheerend auswirken – ausser für die Ärzte selbst: Als vor 25 Jahren Englands Krankenhausärzte streikten, verstarben 6000 Menschen weniger als im gleichen Zeitraum des Vorjahres. Auch 1978, als in Brasilien 14 000 Ärzte den Patienten fernblieben, ging die Zahl der Todesfälle zurück. 1979 legten 6000 Mediziner in Belgien, 30 000 in Italien die Arbeit nieder, 1980 in Frankreich, 1981 in Schweden und 1983 in Israel, und überall segnete das Zeitliche weniger Patientinnen und Patienten. Als 1986 in Italien die Krankenhausärzteschaft streikte, sollen nicht, wie früher, täglich 45 Menschen gestorben sein, sondern gar keine mehr.

Weniger Ärztinnen und Ärzte, das wird angesichts dieser Zahlen deutlich, bedeuten keineswegs, dass sich die Volksgesundheit spürbar verschlechtert. Im Gegenteil. Laut Dr. John Fry, einem britischen Arzt für Allgemeinmedizin und Mitglied der Königlichen Chirurgischen Gesellschaft, bedeuten «weniger Ärzte weniger Krankheit». Und: «Je weniger die Leute zum Arzt gehen, desto schneller werden sie wieder gesund.»

Immer stärker unter Druck geraten derzeit auch die im Bereich der Präventivmedizin tätigen Ärztinnen und Ärzte. Dass auch ihre Tätigkeit nicht im heute betriebenen Ausmass nötig ist, wissen amerikanische Forscher, die aufgrund von Vergleichen zwischen effektiven Ausgaben für medizinische Eingriffe und solchen für präventivmedizinische Massnahmen zum Schluss kommen, es sei «ein Mythos zu glauben, dass alle präventiven Massnahmen Mehrausgaben verhindern». □

Patienten fordern: «Schluss damit»

Bestätigt in ihrer kritischen Haltung gegenüber der schweizerischen Spitzenmedizin sehen sich die verschiedenen Patientenorganisationen, namentlich die «Vereinigung für eine vernünftige Gesundheitspflege». Sie verlangen vom Bund, «dem steten Streben nach einer perfekten medizinischen Industrie ein Ende zu setzen». Erreichen könne das der Bund nicht mit Studienplatzbeschränkungen für angehende Ärztinnen und Ärzte, betonen die Organisationen, möglich sei der «Ausstieg aus diesem Teufelskreis» nur, wenn der Bund für realistische und angemessene Rahmenbedingungen Sorge, konkret also «die Kosten im Gesundheitswesen massiv senke».

Für die schweizerische Ärzteschaft bedeutet das ganz klar: Weniger Geld für gleichviel Leistung, was nach Ansicht der Patientenvertreter allerdings «mehr als gerechtfertigt» wäre. Dazu Joseph Weibel, Sprecher der ärztekritischen Gruppierungen: «Das medizinische Fachpersonal sollte nicht aufgrund irgendwelcher Absprachen viel verdienen, sondern danach bezahlt werden, was es wirklich leistet. Generell sollen die Gehälter der Ärztinnen und Ärzte jenen von Fachkräften in der Wirtschaft angepasst werden.» Durch ein allgemein tieferes Lohnniveau, so glauben die Patientenvertreter, verliere dieser zurzeit so gesuchte Beruf «an materieller Anziehungskraft und an Sozialprestige», was am ehesten dazu beitragen könne, «die Ärzteschwemme einzudämmen».

Ärzteschaft: «Perfide Hetzkampagne»

Auf die jüngsten Angriffe gegen die Ärzteschaft hat die Schweizerische Medizinische Gesellschaft mit einer scharfen Kritik an den britischen und amerikanischen Forschern reagiert. Die schweizerische Ärzteschaft betont, zwischen dem verschiedenenorts festgestellten Überangebot respektive dessen Auswirkungen und den Verhältnissen in der Schweiz könnten keine Vergleiche angestellt werden. Die Schweizerinnen und Schweizer seien, so die Medizinische Gesellschaft, auch diesbezüglich ein Sonderfall und benötigten eine «deutlich intensivere ärztliche Behandlung» als Ausländer. Gerade im Bereich der Psychopathologie seien gar doppelte und dreifache Personalbestände nötig, «um auch nur die dringendsten Notfälle erledigen zu können». Dasselbe gelte für die Bereiche Chirurgie («Die Schweiz ist eine Ski- und Sportlernation, sehr viele Menschen sind übergewichtig und körperlich ungeschickt, also treten häufiger Knochenbrüche auf»), Herzchirurgie («Die Schweizer arbeiten viel, ärgern sich dauernd über Nachbarn und Berufskollegen und verstehen es nicht, das Leben zu geniessen, also kommt es öfters zu stressbedingten Herzerkrankungen») und Allgemeinmedizin (Verschrieb von Valium und anderen täglichen Beruhigungsmitteln). Aus all diesen Gründen sei es nicht zu verantworten, die medizinische Grundversorgung des Landes in Frage zu stellen, ja es sei gar ein Ausbau in der Grössenordnung von rund 200 Prozent nötig. Entsprechend sieht auch das Idealziel der medizinischen Gesellschaft aus: Pro Einwohnerin oder Einwohner wünscht sie sich drei ausgebildete Ärztinnen oder Ärzte. «Damit die freie Arztwahl gewährleistet ist und eine gesunde Konkurrenz herrscht auf dem Markt», meint der Präsident der schweizerischen Ärztevereinigung.